

Michael Jungclaus

Rede zum Antrag von CDU und FDP „Missbrauch bei der Weitergabe und der Nutzung personenbezogener Daten durch Dritte stoppen und die Grundrechte der Verbraucher stärken“

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste!

der Schutz personenbezogener Daten ist deshalb ein schwieriges Thema, weil wir uns dabei im Spannungsfeld zwischen persönlicher Freiheit und Kompetenz mit dieser umzugehen bewegen. Immer mehr Menschen nutzen soziale Netzwerke um Freundschaften zu pflegen oder zu finden sowie berufliche Kontakte zu knüpfen.

Soziale Netzwerke sind für jeden zugänglich und scheinbar kostenlos nutzbar. Jedoch – und das übersehen viele - bezahlen die Nutzerinnen und Nutzer indirekt – und zwar mit ihren privaten Daten.

Diese Daten sind für die Betreiber der Netzwerke bares Geld. Zum Beispiel lässt sich durch sie passgenaue Werbung für entsprechende Zielgruppen schalten.

Welche Fülle an persönlichen Daten im weltweiten Netz gespeichert ist, kann man relativ einfach im Selbstversuch auf der Suche nach Informationen über die eigene Person erleben. Viele Fundstellen listen - oftmals zur eigenen Überraschung - Wohnanschrift, Hobbies, Alter, Beruf und sogar Fotos auf, die wir selbst, oder auch andere von uns eingestellt haben. Der Versuch diese Daten zu löschen ist aufwendig bis unmöglich und die eigenen Daten zu kontrollieren extrem schwierig.

Dies musste kürzlich ausgerechnet auch unsere Bundesverbraucherministerin Aigner, schmerzlich erfahren. In einer symbolischen Aktion versuchte sie ihr eigenes Facebook-Konto zu löschen. Jedoch ist dies auch der Ministerin nicht möglich.

Persönliche Informationen werden oftmals ungefragt gespeichert, veröffentlicht, weitergeleitet und vermarktet. Frau Aigners Daten sind also längst fest im Netz eingebunden. Und das Netz vergisst nichts.

Es ist daher völlig richtig zu fordern, dass alle Angaben, die von den Nutzerinnen nicht ausdrücklich frei gegeben wurden, auch nicht verwertet werden dürfen. Und daher werden wir dem Antrag auch zustimmen. Der Datenschutz muss die Einwilligung der Nutzer vorsehen. Einstellungen in den Netzwerken müssen so geändert werden, dass die Nutzerinnen der Weitergabe von Daten aktiv zustimmen müssen – und nicht wie jetzt diese Weitergabe in irgendwelchen versteckten Einstellungen ausschließen müssen!

Doch ein anderer Aspekt kommt bei dem vorliegenden Antrag zu kurz.

Das Problem liegt auch bei den Nutzerinnen und Nutzern. Sie müssen selbst aktiv werden und die Abgabe von persönlichen Daten auf das unbedingt Nötigste beschränken. Insbesondere Jugendliche gehen häufig leichtfertig mit der Freigabe ihrer persönlichen Daten um und je mehr Daten preisgegeben werden, desto wahrscheinlicher ist ein Missbrauch.

Anbieter und Gesetzgeber haben die Pflicht Datenschutz und Sicherheit im Internet zu gewährleisten. Dennoch bin ich der Meinung, mit Zwang und Verboten, wie zum Beispiel der Sperrung einzelner Internetseiten kommen wir hier nicht weiter. Ein nachhaltiger Verbraucherschutz muss vor allem auf die Stärkung der Kompetenzen der Nutzer zielen!

Und hier sollte man von der Landesregierung mehr fordern, als sich nur für Umsetzungen auf Bundesebene einzusetzen.

Zum einen sollte sie für eine bessere personelle Ausstattung der Brandenburger Datenschutzbeauftragten sorgen.

Zweitens – und dies sollte der eigentliche Schwerpunkt eines Antrags zur Stärkung von Verbraucherinnen sein - muss die Medienbildung in den Brandenburger Schulen verbessert werden. Der Weg zur Mündigkeit führt unserer Ansicht nach nur über Bildung.

Kinder und Jugendliche müssen von klein auf den kompetenten Umgang mit den Netzwerken kennen lernen. Sie brauchen Informationen und Aufklärung, um ein fundiertes Wissen zu erwerben, mit denen sie ihre Rechte auch wahren können. Und das heißt in letzter Konsequenz, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen eine in den Rahmenlehrplänen verankerte Verbraucher- und Medienbildung in der Schule.

Die von Ministerin Tack angekündigte Lehrerfortbildung ist ein erster Schritt.

Und wir appellieren an die Landesregierung die jüngste Ankündigung, die Lehrerbildung zu verbessern, auch tatsächlich umzusetzen sowie die geplante verbraucherpolitische Strategie zügig zu entwickeln und zu verwirklichen.

Vielen Dank.